

Brücken schlagen zwischen Wissenschaft und politischer Praxis

Diese Ausgabe ist ein besonderes Heft in der Geschichte des *Leviathan*, die mittlerweile ein halbes Jahrhundert umfasst. Im Juni 2023 feierten wir den 50. Geburtstag unserer Zeitschrift in den Räumen und dem Garten des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, in dem die Redaktion seit 2008 beheimatet ist. Mit Gästen aus Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutierten wir die Anfänge und Entwicklung des *Leviathan*, von seinem Entstehungsjahr 1973 bis in die heutige Zeit. Gegründet wurde er von sechs jungen Wissenschaftlern als eine linke Zeitschrift, die sich aber absetzen wollte von dogmatisch marxistischen Projekten jener Zeit; als eine Zeitschrift der Sozialwissenschaft im Singular, die verschiedene Disziplinen und Perspektiven zusammenbringt; als eine Zeitschrift, die sich nicht allein an Wissenschaftler*innen, sondern auch an eine breitere politisch und gesellschaftlich interessierte Öffentlichkeit richtet.

Ließen sich die Gründungsansprüche erfüllen? Konnte sich der *Leviathan* als ein Medium nicht nur für rein wissenschaftliche Diskurse, sondern auch aktuelle Debatten der politischen Öffentlichkeit etablieren? Wie wird er innerhalb und außerhalb der Wissenschaften wahrgenommen? Kann er, wie es auch heute noch sein Motto ist, »eine breite Leserschaft aus Lehre und Forschung, Politik und Verwaltung, Publizistik und Medien« erreichen und »Brücken zwischen Theorie, Empirie und politischer Praxis«¹ schlagen? Wie geht die Zeitschrift mit den Anforderungen einer Zeit um, in der sich das wissenschaftliche Publizieren stark verändert hat und nicht mehr nur in den klassischen Zeitschriften, Monografien und Sammelbänden stattfindet, sondern auch andere Kanäle wie Blogs, Podcasts oder auch Social-Media-Plattformen bespielt? Diese Fragen beschäftigten uns bei der Jubiläumsfeier und haben in einzelnen Beiträgen auch in dieses Heft Eingang gefunden.

Unser langjähriger Mitherausgeber und mittlerweile Beiratsmitglied *Helmut König* und unser ehemaliger Redakteur und inzwischen Mitherausgeber *Reinhard Blomert* gehen in ihren Beiträgen auf die Gründungszeit, »das rote Jahrzehnt« der 1970er Jahre, ein und erinnern an die Themen und Diskussionen, die die Seiten der ersten Ausgaben des jungen Projekts füllten. Helmut König nimmt insbesondere das Editorial der ersten Ausgabe in den Blick, in dem die Gründungsväter auf sechs knappen Seiten die Ideen und

1 *Leviathan. Über die Zeitschrift.* www.nomos.de/zeitschriften/leviathan/ (Zugriff vom 25.01.2024).

Absichten darlegten, die sie mit ihrer neuen Zeitschrift verbanden.² Es geht darin um die für eine sich als links verstehende Zeitschrift ungewöhnliche Namenswahl. Warum ausgerechnet an den Leviathan, »die Schreckensfigur des staatlichen Ungeheuers«,³ erinnern? Keineswegs sollte damit resigniert der Sieg dieser Figur erklärt werden. Vielmehr verband sich mit der Titelauswahl die Aufforderung, den modernen Leviathan in seinen neuen Gestalten und Widersprüchen in den Blick und auseinanderzunehmen. Doch nicht allein diese Analyseabsichten der kritischen Geister gaben den Ausschlag für den Titel, auch die Kontingenz hatte ihre Finger im Spiel. So war Claus Offe bei einem USA-Aufenthalt »auf ein radikal antikapitalistisches Blatt der amerikanischen Studentenbewegung«⁴ gestoßen, das denselben Titel trug und dessen Umschlag eine Karikatur des amerikanischen *Leviathan* zierte. Auch wenn sich diese Studentenzeitschrift im Stil von der neu zu gründenden Zeitschrift unterschied, inspirierte sie Offe dennoch bei der Namenssuche, wie Reinhard Blomert zu erzählen weiß.

Neben dem begründungsbedürftigen Titel geht es im Gründungseditorial auch um die »Erneuerung der Sozialwissenschaften«⁵, derer es in den Augen der Gründer bedurfte und an der die neue Zeitschrift mitwirken sollte. Um den Staat angemessen zu verstehen, brauchte es die Erkenntnisse der neuen Sozialwissenschaften, davon waren die jungen Herausgeber überzeugt, »weil es mit der klassischen politischen Ökonomie aus Marx' Zeiten oder der Beschreibung der Machtapparate aus Hobbes' Zeiten nicht mehr getan ist«⁶, erinnert König. Doch vom Zustand der damaligen Sozialwissenschaften waren sie nicht überzeugt. Es bräuchte die Weiterentwicklung kritischer Ansätze, um den »engagierten ›bürgerlich-liberalen‹ Wissenschaftlern« das Feld nicht zu überlassen.

Eine »dritte Schicht« des kurzen Gründungstextes bildet, wie König aufzeigt, die »Generalfrage«, die die Beiträge bei aller Interdisziplinarität zusammenhalten sollte, die »Frage nach dem Krisenzusammenhang der als spätkapitalistisch bezeichneten Gesellschaften und ihrer selber krisenhaften Unterdrückung durch zentralistische Apparate«.⁷ Im Anschluss an seine Analyse zeigt unser Autor auf, wie sich die im Editorial formulierten Motive in den Beiträgen des ersten Lebensjahrzehnts der Zeitschrift wiederfinden. Er gibt Einblicke in die verhandelten Themen und auch die von den Heraus-

2 Um einen unmittelbaren Eindruck zu geben von Sprache und Stil jener Zeit, haben wir den Originaltext des Editorials der Analyse von Helmut König vorangestellt.

3 König in diesem Heft.

4 Blomert in diesem Heft.

5 König in diesem Heft.

6 Ebd.

7 Siehe das Gründungseditorial in diesem Heft.

geben immer wieder vorangetriebene Debattenkultur. Die Beiträge sollten nicht nur nebeneinander und für sich stehen. Sie sollten sich aufeinander beziehen, einander widersprechen, zum Denken und Streiten anregen. Das bedeutete, durchaus auch liebgewonnene Gründungstexte linker Bewegungen und linken Denkens kritisch zu befragen.

Reinhard Blomert erzählt die Geschichte der Zeitschrift noch ein wenig weiter, geht auf die Veränderungen in der institutionellen Anbindung und der redaktionellen Betreuung ein. Nachdem Bodo von Greiff die Redaktion von Claus Koch, dem Redakteur der ersten Stunde, übernommen hatte, dockte die Zeitschrift an die Freie Universität Berlin (FU) an. Für die lange und prägende Amtszeit Bodo von Greiffs blieb die FU alleinige Herausgeberin. 2008 zog die Redaktion dann mit Reinhard Blomert als neuem Redakteur ans Reichpietschufer in das Wissenschaftszentrum Berlin, das nun gemeinsam mit der FU, der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Nomos Verlag, zwischenzeitlich der Hertie School und mittlerweile dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung die Zeitschrift trägt.

Doch wie schafft es die Zeitschrift nun tatsächlich, Brücken aus der Welt der Sozialwissenschaft in die Politik zu schlagen? Wie kann überhaupt eine sinnvolle Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik aussehen und gestaltet werden? Wie lässt sich der schmale Grat zwischen einer verwissenschaftlichten, aber depolitisierten Expertokratie und einer von wissenschaftlichen Fakten absehenden Politik beschreiten? Dieser Frage wenden sich in ihrem Beitrag *Patrizia Nanz*, die auch bei der Jubiläumsfeier im Juni zu diesen Fragen sprach, und *Lukas Kübler* zu. Dabei geht es ihnen um die Frage, wie die gegenwärtig größte und drängendste Transformation von gesellschaftlicher und politischer Ordnung hin zu einer nachhaltigen Lebensweise gelingen kann. Eine »vorausschauende, gesellschaftliche Resilienz befördernde Politik«⁸ hat in den letzten Jahren, in denen der Klimawandel und seine Bekämpfung von diversen anderen globalen Krisen überlagert wurde, gefehlt, so unsere Autor*innen. Einen Grund dafür sehen sie nicht zuletzt darin, dass dem zwar gestiegenen öffentlichen Bewusstsein für die Dringlichkeit der anstehenden Transformation eine »Orientierungslosigkeit« mit Blick auf die Frage gegenübersteht, »was die Transformation für Demokratie und funktional differenzierte Gesellschaften bedeutet«.⁹ Um diese Frage zu beantworten, bedarf es neuer Wege der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Bisher sei wissenschaftliche Politik- und Gesellschaftsberatung zu sehr sektorspezifisch und zu stark auf »Systemwissen« zugeschnitten. Es brauche mehr interdisziplinäre Plattformen,

8 Kübler, Nanz in diesem Heft.

9 Ebd.

die Akteure aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zusammenbringen. Ferner sei es notwendig, auch unser Reservoir an »Orientierungswissen« und »Transformationswissen« auszubauen. Insbesondere mit Blick auf diese beiden Wissensformen sehen Kübler und Nanz die Sozialwissenschaften in der Pflicht.

Die diversen globalen Krisen der letzten Jahre überlagerten nicht nur die Transformation hin zur Nachhaltigkeit. Auch führten sie, wie *Daniel Lambach* und *Matthias Hofferberth* in ihrem Beitrag schreiben, mit dazu, dass »das Zeitalter der uneingeschränkten Globalisierung«¹⁰ an sein Ende zu kommen scheint. Waren die letzten 30 Jahre geprägt von einer immer stärkeren globalen Verflechtung, sehen wir heute vermehrt wieder protektionistische Bestrebungen. Es wird von »decoupling« und »deglobalization« gesprochen, und dem Weltwirtschaftsforum wird bescheinigt, in Davos »gegen den Bedeutungsverlust«¹¹ zu kämpfen. Unsere Autoren untersuchen, wie Globalisierung als Idee unter Druck geraten ist und welche neuen Deutungen und Ordnungsvorstellungen sich herausbilden. Als Beschreibung dieser Zeit schlagen sie den Begriff der »Post-Globalisierung« vor. Dieser meine »nicht, dass die Globalisierung vorbei ist«.¹² Er soll vielmehr ausdrücken, dass mit der Idee einer vernetzten Welt verknüpfte Versprechen von Prosperität und Fortschritt ins Wanken geraten sind, und helfen, »neue Entwicklungen in den Blick zu nehmen, welche alte Eindeutigkeiten in neue Ambivalenzen verwandeln«.¹³ Globalisierung und Post-Globalisierung werden anhand von fünf Thesen und Gegenthesen einander gegenübergestellt. In ihrem Fazit plädieren die Autoren dafür, auf die gegenwärtigen Wandlungen der Weltwirtschaft nicht mit Versuchen zu reagieren, Globalisierung wiederherzustellen oder sie umgekehrt zurückzubauen, sondern eben im Sinne der Post-Globalisierung neue Vorstellungen globaler Wirtschaft zu entwickeln.

Globale Krisen bilden auch den Hintergrund, vor dem *Reinhard Mehring* in seinem Literaturessay verschiedene Deutungen des Ukraine Konflikts miteinander ins Gespräch bringt. Mit welchen Begriffen können solche Deutungen geleistet werden? Wie weit sollte dafür in die Geschichte zurückgeblickt werden? Wie weit sollte das globale Netz gedacht werden, in das Konflikte eingelassen sind? Lässt sich über die Ukraine schreiben, ohne auch auf den

10 Lambach, Hofferberth in diesem Heft.

11 Michael Maier 2024. »World Economic Forum: »Wir werden die Welt definitiv nicht regieren«, in *Berliner Zeitung* vom 15. Januar 2024. www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/world-economic-forum-wir-werden-die-welt-definitiv-nicht-regieren-li.307279 (Zugriff vom 30.01.2024).

12 Lambach, Hofferberth in diesem Heft.

13 Ebd.

erneut aufgeflamten Nahostkonflikt zu sprechen zu kommen? Mit diesen Fragen werden Probleme geopolitischer Deutungen umrissen, die Mehring am konkreten Fall von »Putins Krieg« und »gewichtige[n] Neuerscheinungen«¹⁴ dazu erörtert. Diese versuchen den russischen Neoimperialismus historisch anhand russischer Expansionsbestrebungen seit Peter I. zu erklären, ziehen Linien von Carl Schmitt über Hitler zu Putin oder nutzen »Schmitts anti-universalistische[s] Großraumdenken« als »Analyseschlüssel« zum Verständnis von Putins Geopolitik. Dabei wird einerseits deutlich, wie stark ein solches »geopolitische[s] Liniendenken[]«¹⁵ und die Suche nach Schlüsseln für die Analyse eine Komplexitätsreduktion darstellen, etwa eine Reduktion der Weltpolitik auf Personen und Akteure oder Russlands illiberaler und antiwestlicher Politik auf Figuren wie Alexander Dugin. Doch stellt Mehring andererseits abschließend fest, dass auch komplexere, »tiefenscharfe sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Analyse[n] der Transformation Russlands seit dem Zerfall der Sowjetunion« nicht um das Problem herumkommen und sich selbst »starke[r] Begriffe[] und Deutungen« bedienen, um »gegen die Schleier und Nebel des Nichtwissens«¹⁶ anzuschreiben.

Jill Pöggel geht in ihrem Beitrag der Frage nach, wie Solidarität mit Geflüchteten gedacht und gelebt werden kann. Diese Frage beschäftigt verschiedene Gruppierungen, die sich der Unterstützung Geflüchteter verschrieben haben, nicht erst seit dem »Sommer der Migration« 2015, so unsere Autorin. Debatten, die heute geführt werden, haben ihre Anfänge vielmehr bereits in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts, argumentiert sie weiter und nimmt daher die Diskussionen der 1980er Jahre in den Blick. Es geht ihr um das Selbstverständnis der Unterstützungsgruppen selbst, darum, wie sie diese Solidarität verstanden und praktiziert haben. Grundsätzlich lasse sich deren Solidaritätsverständnis als eines der politischen Solidarität begreifen, die darauf ausgerichtet ist, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Doch zeigen sich spezifische Schwierigkeiten bei der Solidarität mit Geflüchteten. So bestehen zwischen Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen verschiedene Ungleichheiten, die Abhängigkeitsverhältnisse entstehen lassen können. Auch sei es nicht immer einfach, Solidarität von rein karitativen Projekten zu unterscheiden. Pöggel differenziert drei Strömungen, eine menschenrechtlich/kirchlich orientierte, eine linksradikale und schließlich die antirassistische Strömung selbstorganisierter Migrant*innen, und untersucht, wie diese jeweils mit den sich stellenden Schwierigkeiten umgehen.

14 Mehring in diesem Heft.

15 Ebd.

16 Ebd.

Während Pöggel sich explizit die Debatten, die innerhalb aktivistischer Kreise geführt wurden, ansieht, geht es im Interview mit *Sally Haslanger* darum, was Philosoph*innen oder kritische Theoretiker*innen zu dieser Art Debatten beisteuern können. *Julian Prugger* und *Nicki K. Weber* sprechen mit ihr über die Möglichkeiten und Grenzen kritischer Theoriebildung und ihre spezifischen Herangehensweisen. Ausgebildet in der anglo-amerikanischen Tradition analytischer Philosophie, war Haslanger zunächst in der Metaphysik und Epistemologie zuhause, bevor sie begann, sich vermehrt mit den kritischen Theorien französischer Prägung und dann auch der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule zu beschäftigen. Heute gehört sie zu den Denker*innen, die Brücken zwischen diesen Traditionen schlagen und der kritischen Theoriebildung damit neue fruchtbare Impulse geben. Im Gespräch erzählt sie, wie und warum sie dazu kam, verschiedene Denkweisen miteinander zu verbinden, wie und auf welcher Basis in ihren Augen Kritik möglich ist und warum kritische Theoretiker*innen immer auf soziale Bewegungen und deren konkrete Kämpfe bezogen bleiben sollten.

Eva Deitert